



Hauptausschuß

31. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*

27. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.55 Uhr bis 12.25 Uhr

Vorsitz: Klaus Matthiesen (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Umsetzung der Erkenntnisse des Ministerpräsidenten aus der Niederlandreise am 6. und 7. Februar 1997 - für eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1798
Vorlagen 12/1480, 12/1580
Zuschrift 12/1168

Dieser Punkt wird in öffentlicher Sitzung behandelt; siehe dazu das Ausschußprotokoll 12/749.

* öffentlicher Teil siehe APr 12/749

- 2** **Verwaltungsvereinbarung über die Aufteilung der Kürzungen der Erstattungen des Bundes an die Länder für die Kriegsopferversorgung gemäß Artikel 52 Abs. 3 Nr. 2 Pflegeversicherungsgesetz**

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 12/2358

Der Ausschuß stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(Kein Diskussionsprotokoll)

- 3** **Staatsvertrag zwischen der freien Hansestadt Bremen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Bremen zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen**

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 12/2447

Der Ausschuß stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(Kein Diskussionsprotokoll)

- 4** **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Der Ausschuß stimmt über die von den Fraktionen zu den ihn tangierenden Teilen des Haushaltsplanentwurfs eingebrachten Änderungsanträge ab:

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei (siehe dazu die Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1704)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Einzelplan unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Anträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Kapitel 05 730
(siehe dazu auch die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1711)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß das obengenannte Kapitel mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU an.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Kapitel 08 035 (siehe dazu die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1718)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß das obengenannte Kapitel unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Anträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Diskussionsprotokoll Seite 3)

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (siehe dazu auch die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1722)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Einzelplan mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Einzelplan 01 - Landtag (siehe dazu die **Vorlage** an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/1701)

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Einzelplan unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Anträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU an.

(Siehe auch Diskussionsprotokoll, Seite 5)

5 Neuntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den "Westdeutschen Rundfunk Köln" und des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (9. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2531

Der Ausschuß bekundet übereinstimmend sein Interesse an einer zügigen Beratung und Verabschiedung des Gesetzentwurfs. Er kommt auf Antrag der CDU-Fraktion überein, am 22. Januar 1998 eine öffentliche Anhörung zu dem Thema "Wirtschaftlichkeit des Lokalfunks unter besonderer Berücksichtigung des § 24 LRG NW" durchzuführen und unter Verzicht auf eine schriftliche Auswertung der Anhörung am 29. Januar über den Gesetzentwurf abzustimmen, wobei der für diesen Termin vorgesehene Besuch von radio NRW und des Medienkompetenzzentrums auf den 12. Februar verschoben wird.

SPD und GRÜNE erbitten von der Landesregierung einen Vorschlag zur Vereinheitlichung der Rundfunkgesetze hinsichtlich der Benennungen in männlicher und weiblicher Form.

(Kein Diskussionsprotokoll)

6 Zukunftsorientierte Technik für Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2406

Weil der Antrag in engem Zusammenhang mit der unter Punkt 5 behandelten Novelle steht, kommt der Ausschuß einvernehmlich überein, das von der CDU-Fraktion beantragte Expertengespräch zu den vier Themenbereichen des Antrags - tatsächliche Frequenzversorgung, Realisierung des Optimierungskonzepts der LfR, Sende- und Leitungskosten sowie Verwirklichung der Digitalisierung des lokalen Hörfunks - im Rahmen der vereinbarten öffentlichen Anhörung zum 9. Rundfunkänderungsgesetz durchzuführen und den Antrag auch in zeitlichem Zusammenhang mit der Beschlußfassung darüber zu erledigen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

7 Die PC-Nutzung muß für Unternehmen gebührenfrei bleiben

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2490

Der Ausschuß vereinbart, den Antrag in seiner Sitzung am 26. März 1998 abschließend zu beraten und abzustimmen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

8 Ergebnisse des Mazedonien-Projekts und seine Bewertung durch die Landesregierung

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, den in dem Schreiben des Chefs der Staatskanzlei - Vorlage 12/1790 - für gegen Ende des ersten Quartals 1998 angekündigten Bericht abzuwarten, um dann in eine inhaltliche Diskussion einzutreten.

(Kein Diskussionsprotokoll)

9 Parlamentarische Kontrolle des Engagements der Landesregierung in privatrechtlich organisierten Unternehmen

Weil der Staatssekretär im Finanzministerium wegen der parallel laufenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht anwesend sein kann, vertagt der Ausschuß die Behandlung dieses Themas auf die nächste Sitzung und bittet unter Hinweis auf die in der 29. Sitzung unter Tagesordnungspunkt 2 geführte Diskussion (siehe APr 12/657, Seite 3 ff., insbesondere den Vorsitzenden auf Seite 14 Mitte) den Landtagspräsidenten und die Landesregierung, bis dahin Vorschläge zur Lösung des Problems zu unterbreiten, wie Privatunternehmen, in denen sich das Land wirtschaftlich engagiert, zukünftig hinsichtlich des Informations- und Auskunftsrechts des Parlaments behandelt werden sollen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

10 Internationale Funkausstellung in Berlin 1997

Der Ausschuß spricht kurz das Schreiben des Landtagsdirektors in der Vorlage 12/1776 an, das dieser dem Ausschußvorsitzenden nach der vom Sprecher der GRÜNEN-Fraktion in der 30. Sitzung des Ausschusses geäußerten Bitte (siehe APr 12/688, Seite 20) zugeleitet hat.

(Siehe auch Diskussionsprotokoll, Seite 6)

11 12. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2482

In Verbindung damit:

Bericht des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen nach § 23 des Abgeordnetengesetzes

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 12/2186

Nach dem Hinweis des Vorsitzenden auf den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 12/2513, der in die heutige Beratung einbezogen ist, über den aber erst im Plenum nach Abstimmung über den Gesetzentwurf befunden wird, nimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der GRÜNEN den Gesetzentwurf Drucksache 12/2482 an.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt dem Ausschuß Kenntnis von einem an ihn gerichteten Schreiben aller nordrhein-westfälischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, das im Zusammenhang mit der Reise des Hauptausschusses nach Brüssel am 13./14. November steht. Daraufhin bildet sich übereinstimmend die Meinung heraus, daß die in dem Brief geäußerte Kritik nicht gerechtfertigt ist, daß aber darauf hingewirkt werden sollte, die Zusammenarbeit zwischen den Landesparlamentariern und den Europaabgeordneten zu intensivieren und den

Informationsfluß zu verbessern. Der Ausschuß bittet den Vorsitzenden, den Europaparlamentariern aus Nordrhein-Westfalen einen Vorschlag zu einer Begegnung mit dem Hauptausschuß und dem Ausschuß für Europa- und EinWelt-Politik zu machen, bei der insbesondere über mit der Agenda 2000 zusammenhängende Themen beraten werden soll.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Lothar Hegemann (CDU) erklärt, er habe bekanntlich des öfteren Kritik an Reisen des Direktors geübt, nehme ihn in diesem Falle aber ausdrücklich in Schutz. Die Begleitung des Direktors auf einer Reise des Hauptausschusses nach Berlin, die auch Innenwirkung für den Landtag habe, halte er für gerechtfertigt. Er habe nichts gegen die Teilnahme des Direktors an Reisen des Hauptausschusses, ihn ärgerten lediglich Reisen des Direktors, die er nicht nachvollziehen könne und über die er erst im nachhinein erfahre. Den Landtagsdirektor wegen einer Reise nach Berlin kritisieren zu wollen sei für ihn wie das Schießen mit Kanonen auf Spatzen.

Zu Tagesordnungspunkt 11 - Stichwort "Abgeordnetengesetz" - siehe Beschußteil, Seite VI.

Zum Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" siehe Beschußteil, Seite VI/VII.

Die Sitzung schließend, wünscht **Vorsitzender Klaus Matthiesen** allen Anwesenden ein gesegnetes Weihnachtsfest.

gez. Klaus Matthiesen

Vorsitzender

10.12.1997/11.12.1997

255